

## Zweifelhafte Eigenbedarfskündigungen

Es kommt verstärkt zu Eigenbedarfskündigungen, bei denen nicht immer klar ist, ob es sich dabei nicht doch nur um eine versteckte Kündigung zum Zwecke der Mieterhöhung handelt. Wohnungen, die vor kurzem noch je nach Stadtlage 500-600 Euro gekostet haben, sind nun für 1.200 Euro anzubieten. Die Mietenexplosion auf dem Berliner Wohnungsmarkt und auch in anderen Ballungsgebieten war nach dem Wegfall des Mietendeckels, der ohnehin für viele Mieter letztendlich eine Katastrophe darstellt, vorhersehbar.

Der Spandauer Mieterverein fordert, wie schon einige Male auch öffentlich gemacht worden ist, eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zur Mietobergrenze. Wir fordern, die Nebenkosten auf ausschließlich Verbrauchskosten zu reduzieren. Das sind die Kosten, die der Mieter tatsächlich verursacht. Alle anderen Nebenkostenpositionen sind aus der Betriebskostenverordnung herauszustreichen und gehen zu Lasten des Vermieters, denn er ist der Eigentümer und er ist auch verpflichtet, zum Beispiel sein Haus zu versichern. Die politisch Verantwortlichen in diesem Land haben schon allein dadurch auf ganzer Linie versagt, dass eine bundeseinheitliche Regelung nicht erfolgte, sondern man den Bundesländern die Arbeiten überlassen hat, die sie gerade nicht erledigen konnten, was in der gesamten Entwicklung unseres Landes bezeichnend.